

Ausgabe 108 vom 22.09.2023

[Diesen Newsletter im Browser anzeigen.](#)



Nachrichten aus Düsseldorf und dem Wahlkreis Aachen 4

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, Sie wieder mit meinem Newsletter über die aktuelle Plenarwoche im NRW-Landtag sowie meine Arbeit in Düsseldorf und in meinem Wahlkreis informieren zu können. Nachdem ich den direkten Einzug in den Landtag bei der zurückliegenden Wahl bedauerlicherweise verpasst habe, bin ich in diesem Jahr über die Landesliste meiner Partei als Abgeordneter nachgerückt.

Zurück im Landtag habe ich meine Arbeit wieder aufgenommen: Als Mitglied im Sportausschuss

und Abgeordneter für die Städte Eschweiler und Stolberg sowie die Nordeifelkommunen Monschau, Simmerath und Roetgen. Unterwegs in meinem Wahlkreis konnte ich in diesem Sommer viele Gespräche mit Menschen mit ganz verschiedenen Hintergründen und Sorgen führen. Sei es in den betroffenen Flutgebieten, mit Trägern des offenen Ganztags oder etwa in Krankenhäusern: In NRW liegt einiges im Argen. Der Blick für die Schwächeren unserer Gesellschaft fehlt der schwarz-grünen Landesregierung - so etwa auch in der Schul- und Bildungspolitik. Diesen so wichtigen Bereich haben wir im Düsseldorfer Landtag in dieser Woche besonders thematisiert:

Das Schulgesetz von NRW sieht eine Lernmittelfreiheit vor. Dennoch zahlen Eltern zu Schuljahresbeginn bis zu 500 Euro für Materialien für die 'persönliche Ausstattung' der Schülerinnen und Schüler - von Schreibheften über Stifte bis hin zu Taschenrechnern und Malutensilien. Neben der Inflation und den hohen Energiekosten ist das eine weitere finanzielle Belastung für Familien, die sich viele schlichtweg nicht leisten können. Wir dürfen eine Zweiklassengesellschaft in der Bildung nicht zulassen und haben deshalb im Plenum in dieser Woche echte Lernmittelfreiheit von der Landesregierung gefordert.

In dieser Plenarwoche haben wir neben der Bildung noch einen weiteren Themenkomplex besonders in den Blick genommen: Gesundheit und Pflege. Am Montag haben wir auf unserem Pflegegipfel, den Minister Laumann nicht einberufen wollte, gemeinsam mit Trägerorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften Lösungsvorschläge für einen Weg aus der Pflegekrise entwickelt. Und bei der Kundgebung #RetteDeinKrankenhaus vor dem NRW-Landtag hat unsere Fraktion die Landesregierung am Mittwoch daran erinnert, dass sie für die Krankenhausfinanzierung mit in der Verantwortung steht.

Wir haben Schwarz-Grün einen fairen NRW-Pakt für Gesundheit angeboten: gemeinsam in Berlin für eine ausreichende Finanzierung der Betriebskosten stark machen - und hier im Land ein großes Investitionspaket verabschieden. Unseren Entschließungsantrag dazu haben CDU und Grüne jedoch abgelehnt.

In diesem Newsletter erfahren Sie mehr über diese Themen im Landtag und über Aktuelles aus meinem Wahlkreis.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Stefan Kämmerling

Aktuelle Beiträge auch hier auf meiner Facebook-Seite

Pflegegipfel zeigt: Alle Beteiligten sind hochmotiviert, die Herausforderungen anzugehen



Die Pflege steht massiv unter Druck. Allein im ersten Quartal 2023 gingen mehr Träger insolvent als im gesamten Jahr 2022. Hohe Kosten und der Fachkräftemangel stellen die Einrichtungen und Träger in NRW vor erhebliche Herausforderungen. Monatelang haben wir Gesundheitsminister Laumann dazu aufgerufen, einen Pflegegipfel für NRW einzuberufen. Was er nicht wollte, haben wir am vergangenen Montag in die Tat umgesetzt: Mehr als 70 Fachvertreterinnen und -vertreter folgten unserer Einladung und diskutierten mit uns mögliche Lösungen für die Krise der Pflege.

[Hier geht es zu unseren Forderungen.](#)

Gesundheit nicht aufs Spiel setzen



Was für die Pflege gilt, gilt auch für die Krankenhauslandschaft in NRW. Sie steht enorm unter Druck. Neben den Betriebskosten sorgt aber auch ein enormer Investitionstau in Höhe von rund 16 Milliarden Euro für immer größere Probleme. Für Investitionen ist die Landesregierung zuständig – doch dieser Verantwortung wird sie nicht gerecht.

Mit einem Entschließungsantrag haben wir Schwarz-Grün dazu aufgefordert, ein Sofortprogramm Krankenhausinvestitionen aufzulegen. Der stetige Fingerzeig nach Berlin verdeckt den Unwillen der Landesregierung, endlich selbst Verantwortung zu übernehmen. Und das gilt nicht nur für die Krankenhäuser in unserem Bundesland, sondern auch für Kitas, OGS und die Schulsozialarbeit.

Die Menschen in den Flutgebieten leiden auch zwei Jahre später noch an den seelischen Belastungen dieser Hochwasserkatastrophe. Schätzungen gehen von 5.000 bis 8.000 Menschen aus, die akut davon betroffen sind. Doch dieser erhöhte psychotherapeutische und psychiatrische Behandlungsbedarf stößt auf ein System an ambulanten und stationären Angeboten, das schon vor der Katastrophe dem Bedarf nicht gerecht werden konnte. Wir fordern daher unter anderem eine Anpassung der Hilfestrukturen sowie eine kurzfristige ambulante Brückentraumabegleitung.

[Hier geht es zu unserem Antrag zu NRWs Krankenhäusern.](#)

[Hier geht es zu unserem Antrag: Psychotherapeutische Versorgung in den Flutgebieten.](#)

Unser Ziel: Gleiche Chancen für alle Kinder



Mich hat ein Hilferuf erreicht: Die Träger des Offenen Ganztags befinden sich in akuter Not. Mit Vertreterinnen und Vertretern von drei Trägern, die in der StädteRegion Aachen insgesamt rund 6.000 Kinder betreuen, habe ich mich in dieser Woche getroffen und ich habe mir ihre Sorgen angehört.

Die frühkindliche Bildung steht vor immensen Herausforderungen: Einrichtungen müssen schließen, weil sie nicht mehr kostendeckend arbeiten können. Das wiederum geht zu Lasten der Eltern, die auf die Betreuung ihrer Kleinsten angewiesen sind. Der Bedarf an Betreuungsplätzen kann ohnehin in einigen Regionen schon längst nicht mehr gedeckt werden. Doch angesichts explodierender Baukosten werden Kommunen und Träger auch beim Thema Neubau von Kitas immer zurückhaltender. Ein Teufelskreis. Angesichts dieser dramatischen Lage wollen wir die Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiZ) beschleunigen und darin das Alltagshelferprogramm und die Sprach-Kitas ohne Eigenanteil der Einrichtungen verankern.

Auch der offene Ganzttag steckt in der Krise: Vier von fünf Trägern rechnen unter anderem aufgrund der gestiegenen Personalkosten mit „tief roten Zahlen“. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung ab 2026 sind wir überzeugt: Der Ganzttag in der Primarstufe darf nicht länger ein Billigmodell sein. Daher fordern wir ein kurzfristiges Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro für die Träger in NRW sowie einen „Runden Tisch Ganzttag“ zur Entwicklung langfristiger Lösungen.

[Hier geht es zu unserer Themenseite: Chancengleichheit.](#)

[Hier geht es zu unserem Antrag: Rettungsprogramm für den Ganzttag auflegen.](#)

Aus dem Wahlkreis

Gute Nachrichten für das 'Auenland'



Gute Nachrichten für das 'Auenland'! Von der Flut zerstört, erhält das in unserer Region bekannte und beliebte Angebot für Kinder und Jugendliche endlich neues Leben. An alter Stätte auf dem Gemeindegebiet Roetgens, entstehen nun gewaltige Regenrückhaltebecken u.a. zum Schutz von Stolberg und Eschweiler.

In Stolberg, genauer gesagt in Gressenich, entsteht jetzt das neue 'Auenland'. Glückwunsch an die Familie Medic und den Stolberger Bürgermeister Patrick Haas sowie an seine Verwaltung für Mut, innovatives Handeln, schnelle Genehmigungen und viel Weitsicht.

Schön, dass der Spatenstich des neuen 'Auenlands' in der letzten Woche so viele interessierte Menschen angelockt und begeistert hat. Ich wünsche dem Projekt von Herzen viel Erfolg.

Eschweiler Kneipentalk mit NRWSPD-Generalsekretär Freddy Cordes



Ein neues Veranstaltungsformat in meinem Wahlkreis hatte in der letzten Woche seine Premiere: Beim 'Eschweiler Kneipentalk' im 'Haus Lersch' haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bei einem kleinen Happen und Getränken mit der nordrhein-westfälischen Landespolitik in Berührung zu kommen.

Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe habe ich mich besonders gefreut meinen Kollegen, den Generalsekretär der NRWSPD Frederick Cordes, in Eschweiler begrüßen zu dürfen. In lockerer Atmosphäre haben wir etwa über die Aufgaben von Freddy im sozialdemokratischen NRW-Landesverband gesprochen.

Freddy hat nicht nur inhaltlich überzeugt! Auch am Zapfhahn konnte der frisch gewählte

Generalsekretär sein Können unter Beweis stellen. Ich bedanke mich vielmals für das große Interesse an unserer Veranstaltung und den Besuch von Freddy in meinem Wahlkreis.

Der nächste Kneipentalk wird **am 11. Oktober 2023 um 19 Uhr 'im Haus Lersch'** gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des NRW-Landtags, Rainer Schmeltzer, stattfinden. Sie sind herzlich eingeladen!

Schnappschuss



21.09.2023: Gemeinsam mit meinem Team habe ich in dieser Woche per Videobotschaft den Notstand an NRW's Offenen Ganztagschulen erklärt. Das Video finden Sie auf meinen Social Media Kanälen.

Datenschutz

Hinweise zum Umgang mit Daten finden Sie in der [Datenschutzerklärung](#).

Kontakt | Impressum

Stefan Kämmerling MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: (0211) 8842265

E-Mail: buero@stefankaemmerling.de

Inhaltlich verantwortlich: Stefan
Kämmerling

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Webseite](#)

[E-Mail](#)

[YouTube](#)

[Instagram](#)

Copyright © 2023 Stefan Kämmerling MdL - Landtag Nordrhein-Westfalen, Alle Rechte vorbehalten.

Kontaktdaten:

Stefan Kämmerling MdL - Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
Düsseldorf 40221
Germany

[Nehmen Sie uns in Ihr Adressbuch auf](#)

Dieser Newsletter ist an Ihre E-Mail-Adresse gesendet worden, weil Sie in einem unserer Verteiler dafür registriert sind. Sollten Sie den Newsletter an eine andere E-Mail-Adresse wünschen, so können Sie Ihre Daten [hier ändern](#). Sie möchten generell keinen Newsletter mehr erhalten? Dann können Sie ihn dauerhaft [abbestellen](#).

Hinweise zum Umgang mit Daten finden Sie in der [Datenschutzerklärung](#).

[Email Marketing Powered by Mailchimp](#)